

Stefan Hummelsheim

Ökonomische Grundbildung tut not
Empirische Studien weisen auf erhebliche Defizite in
der ökonomischen und finanziellen Grundbildung hin

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen
März 2010

Online im Internet:

URL: <http://www.die-bonn.de/doks/hummelsheim1001.pdf>

Dokument aus der Reihe „DIE FAKTEN“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung

<http://www.die-bonn.de/fakten>

Nicht erst die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung über eine unzureichende ökonomische Grundbildung verfügt. Jüngere empirische Studien belegen, dass eklatante Wissensdefizite in wichtigen ökonomischen und finanziellen Grundfragen existieren, die Fehlentscheidungen in der privaten Haushaltsführung befördern. Solche individuellen Fehlentscheidungen können aber nicht nur zu sozialen Benachteiligungen, sondern gar zu einer Dämpfung des volkswirtschaftlichen Wachstums führen. Aus den mangelhaften ökonomischen Kenntnissen leiten sich, wie im Folgenden zu zeigen ist, vielfältige Aufgaben für die Weiterbildung ab.

Notwendigkeit von ökonomischer Grundbildung

Die Krise des letzten Jahres hat deutlich werden lassen, dass die Erwartungen an die ökonomischen und finanziellen Kenntnisse der Bevölkerung im Vergleich zu früheren Jahren erheblich gestiegen sind. Dabei drängt sich die Frage auf, ob bei den Bundesbürgern auch tatsächlich das notwendige Wissen vorhanden ist, um sich in der komplexen und dynamischen Wirtschaft- und Finanzwelt angemessen zurecht zu finden. In den einschlägigen Debatten herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass solide ökonomische Kenntnisse für eine selbstbestimmte und zielführende Beteiligung am modernen (Wirtschafts-)Leben erforderlich sind (vgl. Lusardi 2006).

So wird von den Bürgerinnen und Bürgern eine immer größere Eigenverantwortung und Eigenleistung in Bezug auf verschiedene Lebenssituationen, wie Alters- und Gesundheitsvorsorge und (Weiter-)Bildung, erwartet (vgl. Hummelsheim 2009, S. 114). Auch macht die Pluralisierung der Lebensformen und Erwerbsbiographien einen heute immer häufigeren Abgleich der eigenen Lebens- bzw. Finanzsituation erforderlich. Nicht zuletzt gibt es eine wachsende Anzahl von Finanzprodukten und -dienstleistungen der Geldinstitute, die in ihrer Komplexität von den Kundinnen und Kunden vielfach nur mehr schwer zu verstehen, kompetent zu bewerten und sinnvoll auszuwählen sind (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 9).

Vor diesem Hintergrund wird in der öffentlichen Diskussion seit einiger Zeit vermehrt der Begriff der „ökonomischen Grundbildung“ verwendet. Hierunter können elementare Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Bereichen „Geld verstehen“, „Geld-Management“, „Umgang mit Lebensrisiken“, „Vermögensaufbau und Altersvorsorge“ und „Geld leihen“ verstanden werden (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 11). Obwohl den finanziellen Kenntnissen eine zentrale Rolle in der ökonomischen Grundbildung zukommen, so ist doch zu betonen, dass die *ökonomische* nicht mit der *finanziellen* Grundbildung identisch ist. Vielmehr hat sie eine übergreifende Handlungskompetenz zum Ziel, die sicherstellt, dass in unterschiedlichen wirtschaftlichen Lebens- und Entscheidungssituationen kompetent und verantwortungsvoll gehandelt werden kann.¹

¹ Auch wenn breite Einigkeit über die gesellschaftliche Bedeutung von ökonomischem Wissen vorhanden ist, so darf dies nicht den Blick darauf verstellen, dass es auch eine Diskussion über den allgemeinbildungsrelevanten Charakter von ökonomischer Grundbildung gibt. Hintergrund dieser Debatte ist u.a. die Frage, welche gesellschaftlich bedeutsamen Themengebiete zu einer modernen Allgemeinbildung gehören (müssen), die als Querschnittswissen zu gesellschaftlich als wichtig erachteten Themenfelder wie z.B. Gesellschaft, Politik, Kultur und Natur interpretiert werden kann. Die reformorientierte Position will die Bedeutung der Ökonomie mit Rückgriff auf die veränderten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine moderne Allgemeinbildung aufwerten und ihr einen eigenständigen Platz im Kanon der allgemeinbildenden Themen einräumen.

Mangelnde Kenntnisse im ökonomischen Bereich können zu erheblichen Benachteiligungen und Ausgrenzung führen

Wenn die Bevölkerung den steigenden Anforderungen an eine ökonomische und finanzielle Grundbildung nicht gewachsen ist, so kann dies sowohl für die Privathaushalte als auch für die Gesellschaft weitreichende Folgen haben.

Zum einen führen individuelle Fehlentscheidungen zu erheblichen wirtschaftlichen und in der Folge auch sozialen Benachteiligungen der betroffenen Personen. Dabei kann es bei fortwährend ineffizienter Haushaltsführung zu einer andauernden Überschuldungssituation kommen. Hinsichtlich der Verschuldungssituation stellt der jüngst vorgelegte „SchuldnerAtlas Deutschland“ fest, dass die Zahl der verschuldeten Privatpersonen in Deutschland (Stichtag 1. Oktober 2009) zwar um 680.000 bzw. 9,9 Prozent zurückgegangen, die absolute Anzahl von überschuldeten Personen aber mit 6,19 Mio. (West: 5.16 Mio.; Ost: 1.03 Mio.) bzw. einer Schuldnerquote von 9,09 Prozent (West: 9,10%; Ost: 9,08%) nach wie vor hoch ist (vgl. Creditreform 2009, S. 4f.). Die aus einer solchen Situation heraus entstehenden sozialen Probleme folgen den wirtschaftlichen Beeinträchtigungen i.d.R. zeitverzögert (vgl. Reifner 2003). Sie reichen von punktueller Benachteiligung bis hin zu einer strukturellen sozialen Ausgrenzung.²

Zum anderen können mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Folgen nicht sachgerechte ökonomische Entscheidungen der privaten Haushalte zu negativen Konsequenzen führen, die sich in verzerrten Marktstrukturen, in zusätzlichen Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt in einem verringerten wirtschaftlichen Wachstum äußern (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 10).

Empirische Studien zur ökonomischen Grundbildung in Deutschland

Während im internationalen Bereich (vgl. OECD 2005; vgl. EU-Kommission 2007) über die Notwendigkeit der ökonomischen Grundbildung schon seit längerem diskutiert wird, kann eine vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland erst seit relativ kurzer Zeit ausgemacht werden. Daher verwundert es nicht, wenn bisher nur wenige empirische Untersuchungen zu ökonomischen und finanziellen Kenntnissen in der Bevölkerung vorliegen.

Befragungen, die Repräsentativität für die deutsche Bevölkerung beanspruchen können, wurden in jüngerer Zeit von verschiedenen Geldinstituten bzw. deren Dachorganisation angestoßen.³ Dabei ist das spezifische Interesse der Geldinstitute am ökonomischen und finanziellen Kenntnisstand der deutschen Bevölkerung schnell einsichtig, da dies unmittelbar das Geschäftsfeld der Banken berührt. Im Folgenden werden drei Studien dargestellt, welche in erster Linie auf die finanzielle Grundbildung der Bundesbürger abheben.

Die erste Studie wurde von der Commerzbank in Auftrag gegeben und befragte im Jahr 2003 die deutsche Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 Jahren nach ihrer finanziellen Kompetenz (vgl. NFO Infratest Finanzforschung 2003). Die zweite Untersuchung aus dem

² In Bezug auf möglichen Ausgrenzungseffekte heißt es im aktuellen „Dritten Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung, dass die Ungleichverteilung der Einkommen zwischen den Jahren 2002 und 2005 zugenommen habe und entgegen dem europäischen Trend auch die Armutsrisikoquote von Erwerbstätigen angestiegen sei (vgl. Bundesregierung 2008, S. IV).

³ Auf die bereits früher durchgeführte Studie „Finanzieller Analphabetismus – Schlechte Voraussetzungen für eigenverantwortliche Vorsorge“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2002 wird hier ergänzend hingewiesen (vgl. Leinert 2004).

Jahr 2006 sowie die dritte Umfrage aus dem Jahr 2008 gehen beide auf eine Initiative des Bundesverbandes deutscher Banken zurück und nahmen das finanzielle Wissen der deutschen Bundesbürger von 18 bis über 65 Jahren in den Blick (vgl. Bundesverband

deutscher Banken 2008). Auch wenn die Befragung der Commerzbank hinsichtlich der gestellten Fragen anders konzipiert ist als die neueren Untersuchungen des Bundesverbandes deutscher Banken, so erlauben diese drei Studien in der Zusammenschau doch einige empirisch gestützte Aussagen zur finanziellen Grundbildung der Bundesbürger. Überdies ermöglichen die strukturgleich angelegten Befragungen des Bundesverbandes deutscher Banken einen Vergleich im Zeitverlauf.

Die Studie aus dem Jahr 2003 unterscheidet in ihrer Auswertung mit den Kategorien „weniger als 50 Prozent richtige Antworten“ (d.h. schlechtere finanzielle Kompetenz) und „mehr als 50 Prozent richtige Antworten“ (d.h. bessere finanzielle Kompetenz) zwei Antwortgruppen. Aus dieser vereinfachenden Gegenüberstellung wird eine Vorstellung vom finanziellen Wissenstand der Befragten ersichtlich (vgl. Abb. 1).

So zeigt sich bei dem Thema „Zahlungsverkehr“, dass immerhin 76 Prozent der Befragten mehr als die Hälfte der Fragen richtig beantworten konnten, aber gleichzeitig fast zwei Drittel (62%) den Begriff „Beitragsbemessungsgrenze“ nicht oder falsch erklärt haben. Beim Aspekt „Kredite“ gaben zwar 71 Prozent „mehr als 50 Prozent“ richtige Antworten, allerdings hatte fast jede/r zweite Befragte (44%) keine zutreffende Vorstellung von seinen Rechten bei einem rechtsgültig abgeschlossenen Kreditvertrag. Im Bereich „private Vorsorge“ haben 63 Prozent der Bundesbürger mehr als die Hälfte der Fragen richtig beantwortet, jedoch haben in diesem Fragenset deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (57%) die Höhe der Rente nach 30 Jahren Erwerbsarbeit falsch eingeschätzt. Beim Thema „finanzpolitischen Grundfragen und Orientierungswissen“ erreichten 56 Prozent der Befragten mehr als 50 Prozent richtige Antworten; aber mehr als jeder Zweite (54%) konnte die damalige Inflationsrate nicht richtig oder überhaupt nicht bestimmen. Im Finanzbereich „Geldanlage“ haben nur noch 40 Prozent der Bundesbürger mehr als die Hälfte der Fragen richtig beantwortet, wobei jeder zweite Bundesbürger (51%) den Unterschied zwischen festverzinslichen Wertpapieren und Aktien nicht korrekt ausführen konnte.

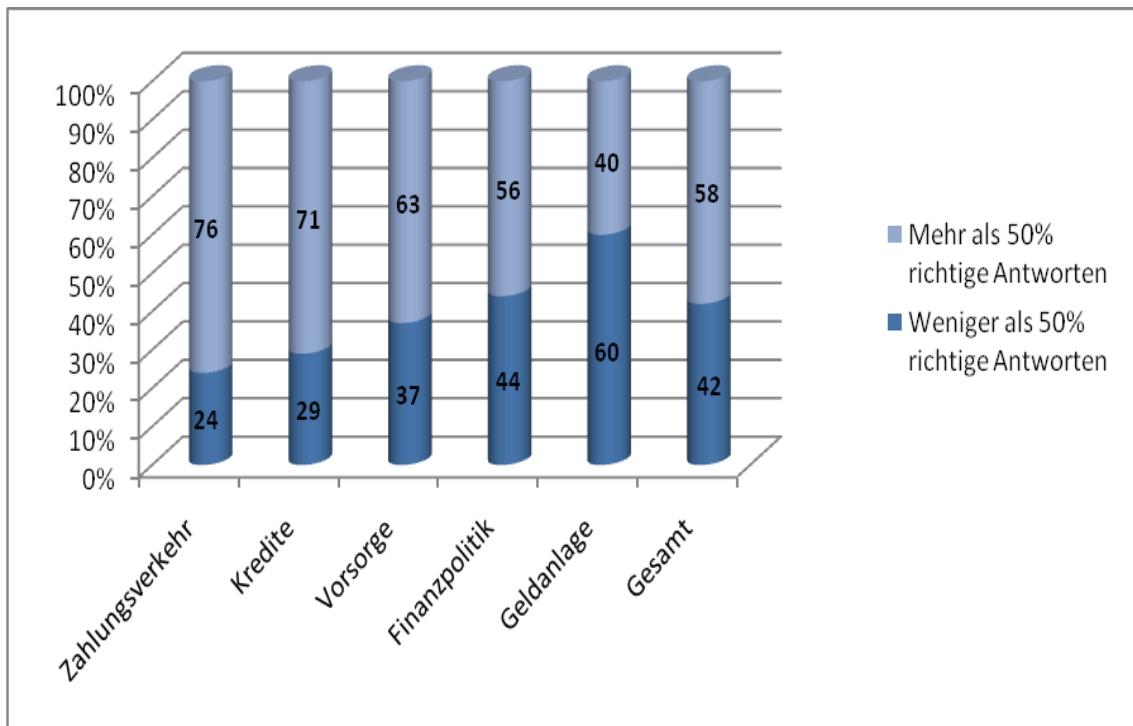


Abb. 1: Finanzielle Grundbildung in Deutschland in 2003 (Quelle: Modifiziert nach NFO Infratest Finanzforschung 2003, S. 51. Eigene Darstellung. Hinweis: Personen im Alter von 18 bis 65. N: 1032)

Bundesbürger überschätzen ihre tatsächlichen finanzielle Grundkenntnisse deutlich

Aus dieser Studie lässt sich zusammenfassend ableiten, dass die Bundesbürger ihre finanziellen Grundkenntnisse zumeist besser einschätzen als sie tatsächlich sind. So glaubten immerhin 79 Prozent der Befragten, hinsichtlich der gestellten Wirtschafts- und Finanzfragen „sehr sicher“, „sicher“ oder „einigermaßen sicher“ zu sein (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 4), während gleichzeitig 42 Prozent der Personen weniger als die Hälfte aller Fragen tatsächlich richtig beantworten konnten (vgl. NFO Infratest Finanzforschung 2003, S. 51). Weiterhin fällt auf, dass nur ungefähr fünf Prozent der Befragten über gutes oder auch sehr gutes Finanzwissen verfügten, was 80 Prozent oder mehr richtigen Antworten entspricht (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 20).⁴

In den Erhebungen aus dem Jahr 2006 und 2008 sind sechs Einzelfragen zu Wirtschaftsinteresse sowie Geld- und Finanzangelegenheiten zu einem Finanzplanungsindex zusammengeführt worden. Die Studien ermöglichen durch die identische Anlage zudem eine Darstellung von zeitlichen Entwicklungen in Bezug auf das Finanzwissen (vgl. Abb. 2).

⁴ Weitere Aussagen lassen sich in Bezug auf Determinanten wie Geschlecht, Alter und berufliche Position treffen: So haben Frauen schlechter als Männer abgeschnitten, da nur 48 Prozent der Frauen, aber 68 Prozent der befragten Männer mindestens die Hälfte der 35 gestellten Fragen richtig beantwortet haben. Außerdem sind Personen mit niedrigerem schlechter als Personen mit höheren Haushaltsnettoeinkommen, jüngere Erwachsene bis 29 Jahre sind weniger gut als ältere Erwachsene über 29 Jahren und (Fach-)Arbeiter schlechter als Selbständige/Leitende Angestellte/Beamte über das Wirtschafts- und Finanzleben informiert (vgl. NFO Infratest Finanzforschung 2003, S. 56).

So wird bei dem Fragekomplex „Interesse an Wirtschaft“ u.a. ersichtlich, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Wirtschaft laut Selbstauskunft nachgelassen hat, da sich 37 Prozent (2006 waren es noch 33%) „etwas“ und 22 Prozent (2006: 16%) „gar nicht“ für

wirtschaftliche Zusammenhänge interessieren. Bezüglich „guter Kenntnisse in Geld- und Finanzfragen“ attestieren sich die Bundesbürger bemerkenswerterweise im Zeitverlauf eine erhöhte Kompetenz, was sich darin äußert, dass die Antworten „trifft eher nicht zu“ mit 23 Prozent (2006: 26%) und „trifft überhaupt nicht zu“ beide leicht gesunken sind. Bei der Fragestellung „Beschäftigung mit den eigenen Finanzen“ ist ein deutlicher Anstieg feststellbar, da die Antwort „regelmäßig“ mit 68 Prozent im Vergleich zur vorhergegangenen Untersuchung (2006: 52%) erheblich häufiger gegeben wurde.

Die Gegenüberstellung dieser wenigen, hier exemplarisch ausgewählten Selbstauskünfte mit der faktisch vorhandenen Fachkompetenz offenbart jedoch einmal mehr große Wissenslücken. So kennen zwar acht von zehn Befragten (78%) das wirtschaftliche Grundprinzip „Angebot und Nachfrage“, jedoch kann nur noch ungefähr die Hälfte der Bundesbürger (52%) eine annähernd richtige Erklärung für dieses Prinzip abgeben. Daneben können sieben von zehn Bürgern (69%) den Begriff „Inflationsrate“ erklären, aber nur gut ein Drittel der Befragten (36%) hat eine richtige Vorstellung von der ungefähren Höhe der damals aktuellen Inflationsrate.

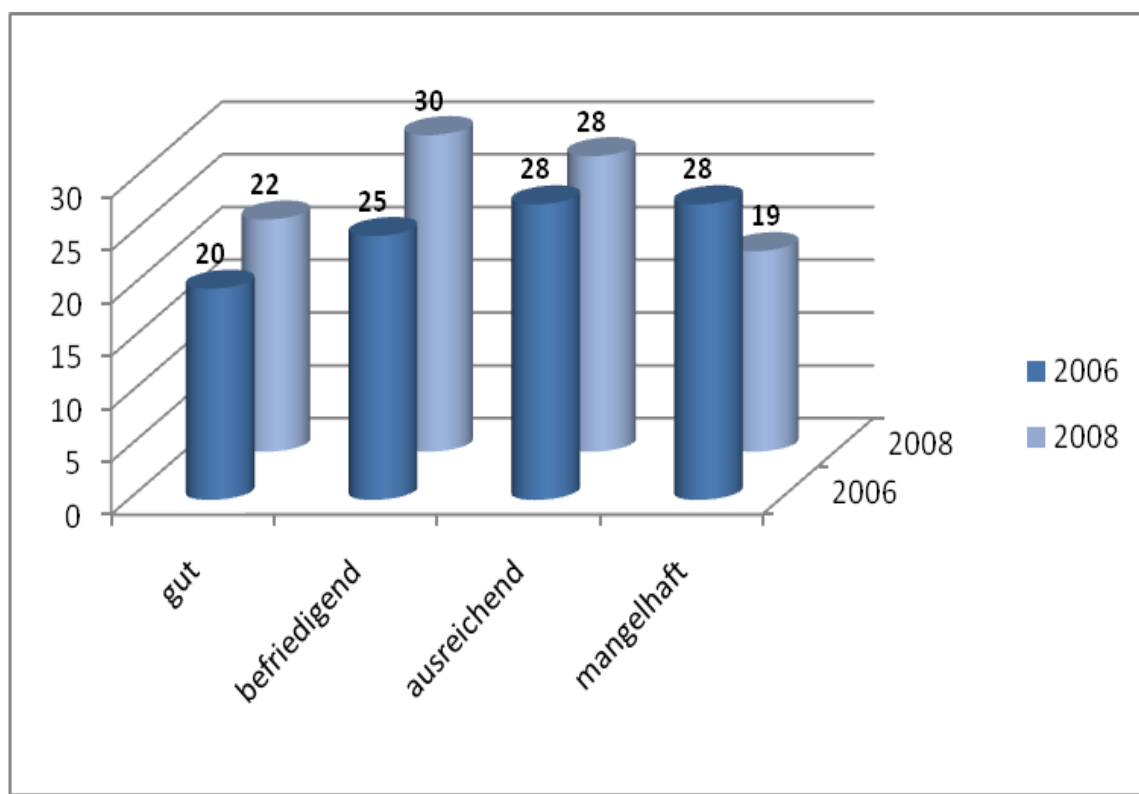


Abb. 2: Finanzielle Grundbildung in Deutschland in 2006 und 2008 (Quelle: Modifiziert nach Bundesverband deutscher Banken 2008, S. 5. Eigene Darstellung. Hinweis: Personen im Alter von 18 bis 65. N: 740)

Eine immer größere Bevölkerungsgruppe verfügt nur über geringe Kenntnisse und Fähigkeiten in Finanzfragen

Aus dem Vergleich der Finanzplanungsindizes kann abgeleitet werden, dass sich die finanzielle Grundbildung der befragten Personen von 2006 auf 2008 leicht verbessert hat, da 22 Prozent (2006: 20%) „gute“ und 30 Prozent (2006: 25%) „befriedigende“ Finanzkompetenzen vorweisen können (vgl. Bundesverband deutscher Banken 2008, S. 5).

Allerdings wird auch ersichtlich, dass mit insgesamt 47 Prozent (2006: 56%) eine immer noch sehr große Anzahl von Bundesbürgern über unzureichende Finanzkompetenz verfügen, da 28 Prozent (2006: 28%) nur „ausreichende“ und 19 Prozent (2006: 28%) sogar nur „mangelhafte“ Kenntnisse und Fähigkeiten in Finanzfragen besitzen.⁵

Schließlich zeigt ein Blick auf die zentrale Einzelfrage „Gute Kenntnissen in Geld- und Finanzfragen“, dass 71 Prozent (2006: 65%) meinen, dass dies auf sie „voll zutrifft“ oder „eher zutrifft“, was sich jedoch bei näherer Prüfung als deutliche Selbstüberschätzung herausstellt, da die Hälfte der befragten Personen, die sich selbst gute Kenntnisse im Finanzbereich bescheinigten, eingestehen musste, dass sie nicht in der Lage war, über das Geschehen an der Börse eine korrekte Auskunft zu geben (vgl. Bundesverband deutscher Banken 2008, S. 8).

Aufgaben für die Weiterbildung

Die vorgestellten Studien stellen übereinstimmend fest, dass bei einem großen Teil der Bevölkerung nur geringes Wissen im Wirtschafts- und Finanzbereich vorhanden ist.⁶ Damit wird ein erhöhter Handlungsbedarf offengelegt, welcher als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sowohl die öffentliche Hand und seine Institutionen als auch die Individuen selbst herausfordert. Zunächst aber muss danach gefragt werden, welche grundlegenden Kompetenzen zur angemessenen Beteiligung am Wirtschafts- und Finanzleben erforderlich sind und wie diese Inhalte vermittelt werden können (vgl. Commerzbank Ideenlabor 2003, S. 10). Hier stehen Antworten noch aus.

Grundsätzlich aber kann die Verbesserung der ökonomischen Grundbildung sowohl über die Aufnahme von relevanten Inhalten in die Rahmenlehrpläne der allgemein- und berufsbildenden Schulen als auch über die Vermittlung von entsprechendem Wissen in der Weiterbildung erfolgen. Während die Einführung im Sekundarbereich als präventive Maßnahme einen sinnvollen Weg darstellt, kommt diese Initiative für die Erwachsenen zu spät. Letztere sind auf Weiterbildungsangebote angewiesen.

So sind die Geldinstitute und Versicherer angehalten, transparente Finanzprodukte und Finanzinformationen anzubieten, die für die Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich und verständlich sind. Darüber hinaus sind Beratungsangebote von Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen gefragt, die jedoch stärker als bisher die Vorbeugung vor falschen ökonomischen Entscheidungen in den Blick nehmen müssten.

⁵ Über die Gründe des erfreulichen Rückgangs in der schlechtesten Kategorie „mangelhafte“ finanzielle Grundbildung kann bisher nur spekuliert werden. Hier ist weitere Forschung notwendig.

⁶ Die Untersuchungsergebnisse werden in größerem Umfang durch die Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2002 bestätigt. Dies erhärtet die Vermutung, dass die hier vorgestellten Ergebnisse über die Zeit hinweg robust sind (vgl. Leinert 2004, S. 45ff.).

Die klassischen Weiterbildungseinrichtungen selbst müssten ihrerseits niedrig-schwellige, d.h. auch preisgünstige Angebote bereitstellen, neue Zugangswege suchen und gegebenenfalls Kooperationen mit oben genannten Anbietern etablieren.⁷

Aber keiner der hier genannten Akteure kann allein die Defizite in der ökonomischen Grundbildung in der Bevölkerung nachhaltig beseitigen. Auch wenn in jüngster Zeit

verschiedene, öffentlich geförderte Initiativen⁸ im Bereich der Alphabetisierung/ Grundbildung wie auch der ökonomischen Grundbildung auf den Weg gebracht worden sind, so spricht doch vieles dafür, dass die *gesamtgesellschaftlichen* Anstrengungen nicht nachlassen dürfen.

⁷ Jedoch ist in Rechnung zu stellen, dass für Personengruppen mit geringer ökonomischer Grundbildung entsprechend zielgruppengerechte Beratung und Weiterbildungsangebote vielfach erst noch entwickelt werden müssen.

⁸ Für eine allgemeine Projektinitiative im Bereich „Alphabetisierung und Grundbildung“ vgl. DIE/BVAG/DVV (2009); und für eine spezifische Projektaktivität im Bereich „ökonomische Grundbildung“ vgl. DVV (2009).

Literatur

Bundesregierung (2008): 3. Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin

URL:

www.bmas.de/portal/26896/lebenslagen_in_deutschland_der_3_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html

Bundesverband deutscher Banken (2008): Ökonomische Bildung und Finanzplanungskompetenzen. Ohne Ort.

URL: www.bankenverband.de/pic/artikelpic/062008/080619_Oek_Bildung.pdf

Commerzbank Ideenlabor (2003): Kanon der finanziellen Allgemeinbildung. Commerzbank Ideenlabor – ein Memorandum. Frankfurt am Main

URL:

www.commerzbank.de/media/konzern/engagement/gesellschaft/ideenlabor/Kanon_der_Finanziellen_Allgemeinbildung_2004.pdf

Creditreform u.a. (2009): SchuldnerAtlas 2009. Neuss

URL:

www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Presse/Creditreform_Wirtschaftsforschung/SchuldnerAtlas_Deutschland/2009/Analyse_SchuldnerAtlas_Deutschland_2009.pdf

DIE/BVAG/DVV (2009): Projekt Monitor Alphabetisierung und Grundbildung. Bonn/Münster

URL: <http://www.alpha-monitor.de>

DVV (2009): Neues Projekt gestartet: Ökonomische Grundbildung. Bonn

URL: www.apoll-online.de

EU-Kommission (2007): Mitteilung der Kommission. Vermittlung und Erwerb von Finanzwissen. Brüssel

URL: http://europa.eu/legislation_summaries/consumers/protection_of_consumers/l22031_de.htm

Hummelsheim, S. (2009): Finanzierung der Weiterbildung in Deutschland. Studentexte für Erwachsenenbildung. Bielefeld

Leinert, J. (2004): Nachhilfe zur Vorsorge. Schlechte finanzielle Allgemeinbildung. In: DIE Zeitschrift. IV/2004. Forum, S. 45-47.

URL: <http://www.die-bonn.de/doks/leinert0401.pdf>

Lusardi, A. (2006): Financial Literacy and Financial Education: Review and Policy Implications (May 2006). NFI Policy Brief No. 2006-PB-11

URL: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=923437

NFO Infratest Finanzforschung (2003): Finanzwirtschaftliches Grundwissen der deutschen Bevölkerung. Pressekonferenz am 4. Juni 2003. Frankfurt a.M.

OECD (2005): Recommendation on Principles and Good Practices for Financial Education and Awareness. Recommendation of the Council. Paris

URL: www.oecd.org/dataoecd/7/17/35108560.pdf

Reifner, U. (2003): Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft. Institut für Finanzdienstleistungen. Baden-Baden

Konzeption und Text

Stefan Hummelsheim
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen
Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn
T +49 (0)228 3294-0
F +49 (0)228 3294-399
info@die-bonn.de
www.die-bonn.de
Stand: Dezember 2009

Abdruck, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle erwünscht, Belegexemplar erbeten
Text mit Grafik/Foto auch im Internet abrufbar unter
www.die-bonn.de/fakten